

Fraktion DIE LINKE. · Habsburgerallee 11-13 · 52064 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Aachen, 14. Dez. 2010

Ratsanfrage „Antoniusstraße“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Der Presse war zu entnehmen, dass seitens der Verwaltung versucht werde, den Sperrbezirk Innenstadt in die Antoniusstraße hinein zu verlängern, um die Prostitution aus einem Teil der Straße zurückzudrängen. Die Fraktion „DIE LINKE“ stellt daher folgende Ratsanfrage:

- Treffen Presseberichte zu, dass seitens der Verwaltung konkret versucht wird, den Sperrbezirk in die Antoniusstraße hinein auszudehnen und die Prostitutionszone „etwa bis zur Hälfte einzukürzen“ (Beigeordnete Nacken laut AN vom 08.10.2010 / Bericht der AZ vom 11.11.2010 mit Verweis auf eine diesbezügliche Aussage aus 2009 des damaligen OB Linden)?
- Falls die Berichte zutreffen: Wer hat das aktuelle Vorgehen veranlasst?
- Welche Bedeutung misst die Verwaltung der allgemein eingeübten demokratischen Spielregel zu, dass Änderungen von Satzungen und Verordnungen, wenn sie gewünscht werden, eines politischen Beschlusses bedürfen, bevor die Verwaltung Schritte zur Umsetzung unternimmt?
- Welche Bedeutung hat es für die Verwaltung, dass es einen derartigen Beschluss zur Änderung der Rechtslage in Aachen („Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes, § 2, Abs. (1)“) nicht gibt?
- Welche Bedeutung misst die Verwaltung der Einschätzung von Experten zu, dass eine Verringerung des Raumangebotes für Prostituierte durch Einkürzung der Prostitutionszone zu höheren Raummieten für die Prostituierten, höheren Gewinnen der „Vermieter“ und insgesamt zu einer Verschlechterung der Situation der Prostituierten führt? (So z.B. geäußert auf einer Diskussionsveranstaltung der Grünen im Juni 2010 von der Expertin Mechthild Eickel vom Verein „Madonna“ in Bochum)?

Mit freundlichem Gruß

gez.
Andreas Müller Renate Linsen-von Thenen Ellen Begolli

(Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Aachen)